

Linke Liste Wiesbaden



EXTRA:

Kohlekraftwerk

„Nagelprobe für die Politik“? Wiesbadener Mehrheit belässt es bei wirkungsloser Bitte um Moratorium.

Nach der Entscheidung des Aufsichtsrates der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden am 9. Februar ist es offensichtlich: Mit der höflichen Bitte um einen Aufschub, bis wichtige Fragen geklärt seien, durch seinen Beschluss am 8. Februar blieb das Wiesbadener Stadtparlament erfolglos.

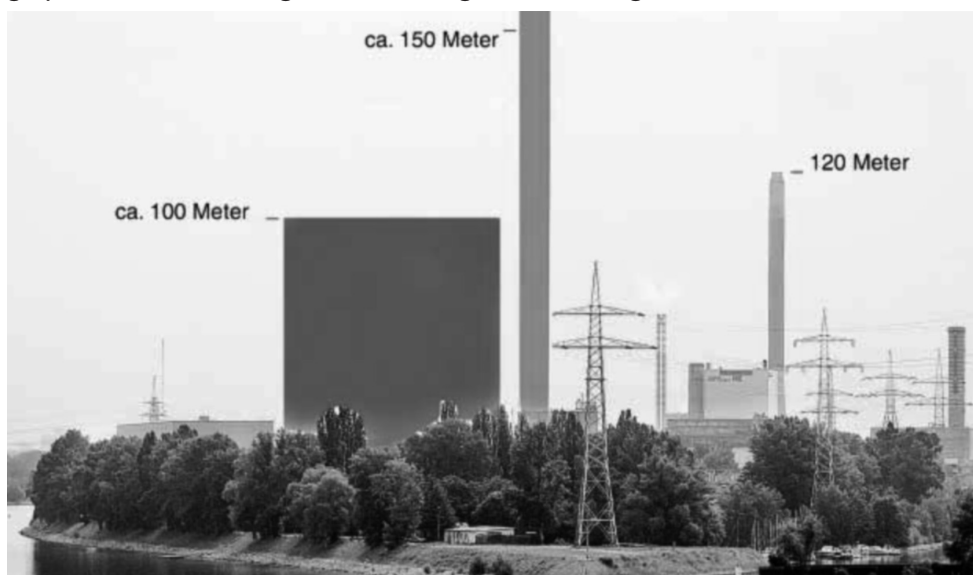
Während sich in Mainz die Vertreter der Grünen als einzige parlamentarische Kraft gegen den Neubau eines Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue aussprachen, standen in Wiesbaden die Fraktionen der Linken Liste (Antrag „Stopp für Kohlekraftwerkspläne“) und der BLW, die sich diesem Antrag anschloss, alleine. Die SPD enthielt sich, CDU, FDP und die Wiesbadener Vertreter der Partei der ehemals Grünen stimmten gegen die Ablehnung eines Kohlekraftwerkbaus.

Jürgen Becker, Stadtverordneter, Linke Liste, hatte es in seiner Rede zum Antrag vorhergesagt: „An dieser energiepolitischen Richtungsentscheidung wird sich zeigen,

ob Klimaschutz nur in Sonntagsreden gepredigt oder auch in der Praxis umgesetzt wird.“

Die Linke Liste lehnt den Neubau eines Steinkohlekraftwerks in Mainz weiterhin ab. Sie hat einen Katalog von Alternativen zu umweltschädlicher Energieerzeugung vorgelegt:

1. Reduzierung des Energieverbrauchs um 10 Prozent durch Einsparung und effizienteren Energieeinsatz bei Industrie, Dienstleistung und Haushalten (auch mittels „Energiesparcontracting“)
2. Erzeugung von Strom durch Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Bereitstellung von Dachflächen für Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden im Stadtgebiet von Mainz und Wiesbaden
3. Ausweitung der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung durch den Bau dezentraler Blockheizkraftwerke
4. Betrieb von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse z.B. als Biogas-Anlagen in landwirtschaftlichen Betrieben und durch Holzhackschnitzel
5. Gutachten zur Nutzung der Tiefen-Geothermie



Die Fotomontage (Sascha Kopp) zeigt die Dimensionen des geplanten Kraftwerkes auf der Ingelheimer Aue

Wir dokumentieren:

Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi) zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (8. Februar 2007)

Stopp für Kohlekraftwerkspläne – Umweltfreundliche und soziale Energieversorgung fördern!

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Bau eines Kohlekraftwerkes auf der Ingelheimer Aue aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen ab.
Sie fordert die Vertreter der Landeshauptstadt Wiesbaden im Aufsichtsrat der KMW (Kraftwerke Mainz-Wiesbaden) auf, einen Stopp der weiteren Planung zum Bau eines Kohlekraftwerkes herbeizuführen. Gleichzeitig wird der Magistrat aufgefordert umgehend Alternativen zur regionalen Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer, umweltfreundlicher und sozialer Energiebereitstellung zu prüfen und den politischen Gremien vorzustellen.

Insbesondere sollen folgende Bereiche untersucht werden:

1. Reduzierung des Energieverbrauchs um 10 Prozent durch Einsparung und effizienteren Energieeinsatz bei Industrie, Dienstleistung und Haushalten (auch mittels Energiesparcontracting)
2. Erzeugung von Strom durch Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen und Bereitstellung von Dachflächen für Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden im Stadtgebiet von Mainz und Wiesbaden
3. Ausweitung der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung durch den Bau dezentraler Blockheizkraftwerke
4. Betrieb von Anlagen zur energetischen Nutzung von Biomasse z.B. als Biogas-Anlagen in landwirtschaftlichen Betrieben und durch Holzhackschnitzel
5. Gutachten zur Nutzung der Tiefen-Geothermie

Die Linke Liste wird sich weiter an allen Aktivitäten zur Verhinderung des Kohlekraftwerks auf der Ingelheimer Aue beteiligen: Wenn wir die katastrophalen Folgen des Klimawandels vermeiden oder zumindest reduzieren wollen, muss die Energieversorgung zügig umgebaut werden. Statt neuer Kohlekraftwerke brauchen wir einen Ausbau erneuerbarer Energien und Investitionen in effiziente Energienutzung.

Wir zitieren:

Zentraler Punkt meiner Tätigkeit als Oberbürgermeister wird die **nachhaltige Verbesserung der Lebensumwelt** der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sein. Deshalb stehe ich gemeinsam mit der Linken Liste u.a. für

- eine weitere Verringerung von Schadstoffen (PCB, teerhaltige Bodenbeläge, Wandfarben mit hormonellen Wirkungen usw.) in öffentlichen Gebäuden, insbesondere in Kindereinrichtungen und Schulen;
- eine schnelle Umsetzung von Maßnahmen zur Senkung der Luftbelastung durch giftige Stickoxide und krebserregenden Feinstaub;
- Gewährleistung von PFT-freiem Trinkwasser für die Wiesbadener Bevölkerung;
- die Durchsetzung einer Energiewende (effizienterer Energieeinsatz, großflächige Photovoltaik-Anlagen, Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefen-Geothermie usw.) – kein Kohlekraftwerk auf der Ingelheimer Aue.

Aus dem Programm des Kandidaten der Linken Liste zu den Oberbürgermeisterwahlen am 11. März 2007, Peter Silbereisen

Wie erreichen Sie uns?

Geschäftsstelle der Fraktion: Rathaus, Zi. 314; Telefon (0611) 315426, Fax (0611) 315917,

E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?: Mo–Do: 10–13 Uhr; Mi: 16.30–18.30 Uhr; Freitag 10–12 Uhr

Unsere Postanschrift: 65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Presserechtlich verantwortlich: Fraktion Linke Liste Wiesbaden, G. Schmidt – Eigendruck